

Der politische Einfluss des WBGU: Die gefährlichen Weissagungen des Papstflüsterer



Wie konnte es dazu kommen?

WISSENSCHAFT: In seinem Buch „Klimahysterie ist keine Lösung“ (2012) hatte der Autor einstmals mit Bezug auf die „Große Transformation“ (2011) des späteren „Papstflüsterers“ Professor Schellnhuber und seines WBGU, zugegebenermaßen prä-aktuell und voll-phobisch, vor einer offenbar politisch gewollten Klimadiktatur gewarnt. Zitat mit meinen Hervorhebungen:

... Stattdessen schlägt unsere Klimaforschung auf der Grundlage von fiktiven Ergebnissen grob vereinfachter Computermodelle bereits heute eine „Große Transformation zur dekarbonisierten Weltgemeinschaft“ vor, um unsere Gesellschaft auf eine strikte CO2-Vermeidung auszurichten und den Klimaschutz als Verfassungsziel einzuführen.

Propagiert der WBGU mit seiner 'Großen Transformation' bereits unseren neuen –ISNUS, den CO2-Klimatismus? Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs war man sich doch einstmals einig darüber, nie wieder gesellschaftliche Experimente mit Menschen zulassen zu wollen...

Man möge sich also lieber rechtzeitig fragen, was die Forderung nach einer „gesellschaftlichen Problematisierung von nicht nachhaltigen Lebensstilen“ in ihrer weichgespülten Formulierung wirklich bedeutet und welche Art von Hexenjagd uns am Ende tatsächlich damit angedroht worden sein mag!

Heute wird die „von Menschen verursachte Klimaerwärmung“ angeblich von 97 Prozent aller Klimawissenschaftler bestätigt, was übrigens eine typische Fake-News ist. In unserer extrem arbeitsteiligen Welt müssen sich die Bürgerinnen und Bürger aber mangels eigener Expertise in fremden Fachgebieten auf ausgewiesene „Experten“ verlassen können, und Wissenschaftler genießen in unserem Land nun mal einen ganz besonders hohen Vertrauensvorsprung. Und diese Wissenschaftler erklären nun mit einer Fake-News eine wissenschaftliche Diskussion von globaler sozial- und wirtschaftspolitischer Bedeutung im Sinne der mittelalterlichen Inquisition für beendet.

POLITIK: Die „Große Transformation“ des WBGU (2011) machte keine öffentlichen Schlagzeilen. Im Gegenteil, kaum jemand hatte in der zwischenzeitlichen gesellschaftlichen Diskussion überhaupt schon jemals diesen Begriff „Dekarbonisierung“ gehört. Und von einer solchen „Dekarbonisierung der Welt“ wurde in den Mainstream-Medien auch jahrelang überhaupt nichts berichtet. Diese „Dekarbonisierung“ tauchte dann aber völlig unvermittelt in der Rede von Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel zum VI. Petersberger Klimadialog am 19. Mai 2015 wieder auf, Zitat mit Hervorhebungen:

... Meine Damen und Herren, wir dürfen das Ziel nicht aus dem Auge verlieren. Wir werden in Paris erleben – auch das kann man schon absehen –, dass es noch mehr Engagement als heute brauchen wird, um dem Zwei-Grad-Ziel wirklich gerecht zu werden. Damit wir das Ziel nicht aus den Augen verlieren, brauchen wir eine langfristige Vision, die uns Orientierung, aber auch Ansporn gibt.

Die Wissenschaft gibt uns eine klare Handlungsempfehlung. Wir müssen in diesem Jahrhundert, im 21. Jahrhundert, die Dekarbonisierung schaffen – also den vollständigen Umstieg auf kohlenstofffreies Wirtschaften. Für diese Vision treten Deutschland und Frankreich gemeinsam ein und werden dafür auch bei unseren Partnern. Das Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC, fordert als Etappenziel auf dem Weg dorthin, bis 2050 die Treibhausgasemissionen um 40 bis 70 Prozent gegenüber 2010 zu verringern.“

Am 8. Juni 2015, dem zweiten Tag des G7-Gipfels auf Schloss Elmau, meldete Spiegel-Online dann unvermittelt: „G7-Beschluss in Elmau – Umweltschützer feiern historisches Klimaversprechen“. Zu diesem Zeitpunkt war die internationale Meinungsbildung auf politischer Ebene für eine globale „Dekarbonisierung“ also offenbar bereits abgeschlossen – und zwar ohne jede gesellschaftliche Diskussion.

RELIGION: In seiner Enzyklika „Laudatio Si“ macht sich Papst Franziskus Gedanken über das „gemeinsame Haus“, Zitat aus Wikipedia:

„Die auf den 24. Mai 2015 datierte und am 18. Juni 2015 in acht Sprachen veröffentlichte Verlaubarung „Über die Sorge für das gemeinsame Haus“ befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Themenbereich Umwelt- und Klimaschutz und setzt zudem Zeichen im Hinblick auf bestehende soziale Ungerechtigkeiten und auf die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen.“

Papst Franziskus macht sich in dieser Enzyklika aber auch sehr ausführliche Gedanken um die zukünftige politische Weltordnung, Zitat mit Hervorhebungen:

„Ist, die gleiche Logik, die es erschwert, drastische Entscheidungen zur Umkehrung der Tendenz zur Erderwärmung zu treffen, unterbindet auch die Verwirklichung des Ziels, die Armut auszurotten. Wir brauchen eine verantwortlichere weltweite Reaktion, die darin besteht, gleichzeitig sowohl die Reduzierung der Umweltverschmutzung als auch die Entwicklung der armen Länder und Regionen in Angriff zu nehmen. Während das 21. Jahrhundert ein Regierungssystem vergangener Zeiten beibehält, ist es Schaulpatz eines Machtsschwands der Nationalstaaten, vor allem weil die Dimension von Wirtschaft und Finanzen, die transnationalen Charakter besitzt, tendenziell die Vorherrschaft über die Politik gewinnt. In diesem Kontext wird es unerlässlich, stärkere und wirksamere organisierte internationale Institutionen zu entwickeln, die Befugnisse haben, die durch Vereinbarung unter den nationalen Regierungen gerecht bestimmt werden, und mit der Macht ausgestattet sind, Sanktionen zu verhängen. Auf der Linie dessen, was bereits von der Soziallehre der Kirche entwickelt wurde, hat Benedikt XVI. bekräftigt: „Um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, einer Verschlimmerung der Krise und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen, um eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, was Ernährungssicherheit und Frieden zu verwirklichen, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren, ist das Vorhandensein einer echten politischen Weltautorität, wie sie schon von meinem Vorgänger, dem [heiligen] Papst Johannes XXIII., angesprochen wurde, dringend nötig.“

Papst Franziskus fordert in seiner Enzyklika „Laudatio Si“ also ganz unverblümt eine mit eigener Macht ausgestattete politische Weltregierung zur Rettung der Menschheit ein.

ZEITMENDE?

Rückkehr der Vernunft in die „Klimapolitik“?

Zwei extreme Positionen prägen die Klimadebatte seit Jahrzehnten. Die eine geht davon...

ERGEBNIS: Mit dieser übereinstimmenden Zielsetzung von Wissenschaft, Politik und Religion ging es dann in die UN-Klimakonferenz vom 30. November bis 12. Dezember 2015 in Paris (COP 21). Das wenig überraschende Ergebnis dieser Klimakonferenz war dann eine „Dekarbonisierung der Welt“ für ein 1,5-2 Grad Klimaziel bis zum Jahre 2100 in einer „nicht verbindlichen“ völkerrechtlichen Vereinbarung, die inzwischen von mehr als 80 Staaten ratifiziert worden ist. In dem neuen WBGU-Sondergutachten „Entwicklung und Gerechtigkeit durch Transformation: Die vier großen I“ wurde jetzt offenbar die politische Agenda dieser Neuen Ökologischen Weltbewegung formuliert, mit der die „Top-Down“-Strategie für das weitere Vorgehen in Sachen „Dekarbonisierung der Welt“ spezifiziert und deren Finanzierung durch eine weltweite Planwirtschaft und ökologische Zwangsabgaben in den G20-Staaten zementiert werden soll, Zitat mit Hervorhebungen:

— Transformative Staatsfonds einrichten

Der Umsetzung der Agenda 2030 und des Übereinkommens von Paris sollten die beteiligten Staaten effektive nationalstaatliche Politikinstrumente entwickeln. Der WBGU empfiehlt den G20-Staaten insbesondere die Einrichtung transformativer Staatsfonds (Zukunftsfonds). Damit können die G20-Staaten auf den Finanzmärkten stärker als Akteure aktiv werden, mit dem Ziel, einen sozialverträglichen Strukturwandel hin zu einem nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu fördern. Die Zukunftsfonds sollten sich aus den Einnahmen von CO2-Steuern und Emissionshandel speisen sowie aus einer Generationenkomponente auf Nachlassvermögen. Die Mittel der transformativen Staatsfonds sollten im Sinne des Klimaschutzes und der SDGs angelegt und die Erträge für gemeinwohl- und gerechtigkeitsorientierte Zwecke verwendet werden.

Nachhaltigkeits- und Klimapolitik zur Lösung weltpolitischer Probleme nutzen

Die Regierungen der G20 sollten sich nicht nur „zu Hause“ engagieren, sondern auch auf internationaler Ebene als Vorreiter dazu beitragen, Kooperation zu stärken und globale Probleme zu lösen. Bei richtiger Ausgestaltung und dem strategischen Einsatz der vier großen I kann Nachhaltigkeits- und Klimapolitik als Hebel zur Lösung weltpolitischer Probleme genutzt werden. Erstens kann eine weitsichtige Klimaschutz- und Nachhaltigkeitspolitik zu einem Modernisierungsprojekt der Weltwirtschaft werden. Sie kann ökonomische Entwicklungschancen eröffnen, indem sie Innovationen inspiriert, Investitionsmöglichkeiten und nachhaltige Beschäftigung schafft sowie Investitionen in zukunftsfeste Technologien, Unternehmen und Infrastrukturen lenkt. Zweitens kann Klimaschutz- und Nachhaltigkeitspolitik auf nationaler Ebene zum Gerechtigkeitsprojekt werden und Inklusion voranbringen, indem sie Dekarbonisierungsstrategien sozialvertraglich gestaltet, Ungleichheiten bekämpft und soziale Kohäsion stärkt. Drittens kann die Bewältigung gemeinsamer nachhaltigkeits- und klimapolitischer Herausforderungen zum Friedensprojekt werden, denn dadurch können auch Staaten Vertrauen aufbauen, die sonst nicht miteinander kooperieren oder in offenem Konflikt stehen. Dies fördert Inklusion auf globaler Ebene, indem Ressourcen- und Verteilungskonflikte entschärft werden und Bürgerkriegen sowie Massenflucht entgegengewirkt wird.“

Hier wurden also von WBGU die Ergebnisse des G20-Gipfels von Hamburg (2017) einer weiterhin schweigenden Öffentlichkeit schon mal probabhafter „vorgestellt“.

Diese Vorstellung zukünftiger Absichten geschah ganz im Sinne der politischen EU-Strategie eines Jean-Claude Juncker, Zitat mit Hervorhebungen:

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt – aus den Mosaiksteinen einer menschengemachten Klimakatastrophe, dem festen Willen der G7-Industrienationen zur Dekarbonisierung der Welt und dem gesellschaftspolitischen Streben von Kirche und ökologischen NGOs zu einer „nachhaltigen“ Weltordnung setzt sich also das Bild einer neuen „Weltrevolution von oben“ zusammen. Diese Weltrevolution zu einer dekarbonisierten Weltgemeinschaft vergleicht der WBGU in seiner Großen Transformation (2011). Zitat mit Hervorhebungen:

„mit den beiden fundamentalen Transformationen der Weltgeschichte: der Neolithischen Revolution, also der Erfindung und Verbreitung von Ackerbau und Viehzucht, sowie der Industriellen Revolution.“.

Der Absatz 214 in Kapitel II. der Enzyklika „Laudatio Si“ lässt wohlmöglich, rechtzeitig vor den G20-Gipfel in Hamburg (2017), das Mäntelchen dieses neuen ökologischen Welt-Totalitarismus fallen, Zitat mit Hervorhebungen:

... Es ist Sache der Politik und der verschiedenen Vereinigungen, sich um eine Sensibilisierung der Bevölkerung zu bemühen ... Da viel auf dem Spiel steht, sind nicht nur Institutionen notwendig, die die Macht besitzen, Sanktionen gegen Umwelttaten zu verhängen, sondern ebenso notwendig ist es, dass auch wir uns gegenseitig kontrollieren und erziehen ...

Bevor wir jetzt aber anfangen, uns gegenseitig zu kontrollieren und zu erziehen, sollten wir ernsthaft bedenken, dass die vom WBGU zitierten Transformationen in der Menschheitsgeschichte freiwillige Entwicklungen waren, die sich „marktwirtschaftlich“ von der Basis her als „wirtschaftliche Erfolgsmodelle“ durchgesetzt hatten.

Alle „Weltrevolutionen“ dagegen, die einer Bevölkerung durch regulatorische „Top-Down-Strategien“ aufgezwungen worden sind, haben in Unfreiheit, wirtschaftlicher Not und Kriegen bis hin zum Völkermord geendet ...

Uli Weber ist Geophysiker und Publizist

Übernommen von Tichys Einblick hier